

Neujahrsempfang DGB Stadtverband Frankfurt am Main
12.01.2013

- Es gilt das gesprochene Wort -

2013: „Besser statt mehr“ – ein Plädoyer für anderes Wirtschaften

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Harald Fiedler,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist eine große Ehre für mich, heute hier zu sprechen. Das DGB-Haus Frankfurt ist für mich ein besonderer Ort. Eine Etage tiefer, im Jugendclub, begann ich vor 43 Jahren als Jugendclubleiter meine hauptamtliche Tätigkeit für die Gewerkschaften. Ein wenig Nostalgie also – und auch ein wenig Stolz auf das, was im DGB Frankfurt unter seinen DGB-Vorsitzenden Willi Reiss, Manfred Kiesewetter, Dieter Hooge und Harald Fiedler in 43 Jahren geleistet wurde und wird. Besonders Harald Fiedlers Bemühungen um die Industriepolitik sind eine großartige Leistung. Er hat frühzeitig die Akteure zusammengebracht, um Industrie und Handwerk wieder zu beleben – denn nur von Dienstleistung – von schlecht bezahlter - kann auch eine Stadt wie Frankfurt nicht leben.

Vor über 43 Jahre standen – inspiriert von der Studentenbewegung – hier in Frankfurt Lehrlinge auf und forderten eine gerechte Behandlung, eine gute Ausbildung, mehr Mitsprache in der Ausbildung - und Lehrlingsentgelte, die eine relative Unabhängigkeit vom Elternhaus zulassen. Einiges davon wurde erreicht, vieles noch nicht. In vielen Lehrlingszentren, z.B. im Frankfurter FLC - etwas abseits von den damaligen, als bürokratisch empfundenen Gewerkschaften – und von ihnen durchaus misstrauisch beäugt – lernten Lehrlinge, was Arbeitnehmerrechte, projektbezogene Berufsschularbeit, Basisdemokratie sind - und vor allem, wie man wirksame Beteiligung für die eigene Freiheit und zur Durchsetzung seiner Rechte gemeinsam organisiert.

„Du gehörst dir – nicht den Bossen!“ Das war einer der Leitsprüche. Er hinterließ im DGB-Bundesvorstand damals ein ziemlich zwiespältiges Echo, wie ich mich erinnere.

Der Slogan ist durchaus noch aktuell, wenn man sich die jährlich weiter fortsetzende Spaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft in ZIEMLICH arm - und SEHR reich anschaut, oder die zunehmende Leiharbeit mit schlechten Löhnen bei unendlicher Arbeitszeit, oder die massive Behinderung von Betriebsratswahlen in etlichen Betrieben – auch in den angeblichen Vorzeigebereichen der Erneuerbaren Energien – oder bei einer neuen abscheulichen Art von Herrschaft und Lohnrückerei, dem zunehmenden Einsatz von Werkverträgen, einer neuer Form moderner Tagelöhnererei.

Es geht also wieder und immer noch um das Thema Arbeit. Und um das Thema Verteilung. Sowohl bei uns, wie in Europa und in der Welt. Der drittreichste Mann der Welt, Warren Buffet hat laut New York Times dazu gesagt:

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Nun ja, wir werden sehen, wer letztlich gewinnt – radikale Minderheit oder demokratische Mehrheit!

Das Jahr 2013 wird das Jahr der Arbeitnehmer. Die Manager waren bekanntlich schon reichlich dran, nicht nur die Sparkassendirektoren. Manager verdienen im Vergleich zur Bundeskanzlerin in der Tat deutlich zu viel. Darauf wurde jüngst zu Recht hingewiesen. Unter den 30 DAX-Unternehmen sind 16 Unternehmen, in denen Vorstände mehr als das 50fache der durchschnittlichen Arbeitnehmer verdienen, drei sogar das 100fache. Das kann einfach nicht richtig sein und spaltet die Gesellschaft.

Die Gewerkschaften werden 2013 für ihre Mitglieder das Optimale rausholen. Unsere kleine aber feine Gewerkschaft NGG hat damit schon angefangen. Im ganz schwierigen Bereich des Gastgewerbes mit einem Tarifabschluss von 4 %. Im Ergebnis, nicht in der Forderung! Das ist schon eine sehr gute Leistung und Vorgabe! Nicht nur das. Zudem wurde die unterste Lohngruppe angehoben und liegt bei 9,13 Euro, für das Gastgewerbe eine kleine Revolution.

Trotzdem bleibt natürlich eine Forderung aller Gewerkschaften auf der aktuellen Agenda – besonders für die Bundestagswahl. Viele Menschen arbeiten den ganzen Tag und bekommen dafür nicht einmal genug Geld, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Dort, wo wir noch keine Tarifverträge durchsetzen konnten, weil die Zersplitterung der Arbeitnehmer ungeahnte Formen angenommen hat – oder wir für die Arbeitnehmer nicht attraktiv sind, dort in den sogenannten tariffreien Bereichen muss es entweder Anerkennungstarifverträge geben – oder einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50!

Dass ein bekannter Discounter mit mindestens 10 Euro vorgeprescht ist, sollte auch die Regierung anspornen. Wir brauchen weiterhin die vollständige Gleichstellung von Leiharbeitern mit der Kernbelegschaft bei Lohn und Arbeitsbedingungen – vom ersten Tag an. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen wie Männer – das ist eine uralte Forderung der Arbeiterbewegung, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen.

Flexibilität hat ihren Preis. Deshalb wäre es sehr gerecht, wenn Zeit- und Leiharbeiter mehr bekommen als Stammbeschafteten. Sozusagen als Risikozuschlag. Bei Managerverträgen ist das ganz und gäbe.

Und wir brauchen ein Ende des Sonderstatus von Minijobs in der Sozialversicherung. Der DGB hat dafür ein Modell vorgeschlagen, in dem bis 800 Euro die Arbeitgeber den höheren Anteil der Beiträge übernehmen müssen.

Noch ein Wort zur Rente – auch zur sogenannten „Lebensleistungsrente“. Orwell lässt grüßen.

Die Rente ist im Laufe der Jahre zum Spielball von Populisten und Marktradikalen geworden. Deshalb ist sie absehbar unterfinanziert und immer stärker privatisiert. Um es klar zu sagen: die Absenkung des Beitragssatzes war falsch! Im Ergebnis drohen ausgerechnet dann

massive Beitragssteigerungen, wenn die Folgen der demografischen Entwicklung so richtig spürbar werden. Was nötig wäre, wäre der Aufbau einer Demografie-Reserve. Also die Bildung von Rücklagen für die Zukunft. Der DGB hat hierfür ein klares Konzept vorgelegt. Mit einer maximalen Beitragsobergrenze von 22 Prozent können wir das heutige Rentenniveau sichern. Nebenbei: die gesetzliche Rente ist auch unter Gesichtspunkten der langfristigen Kapitalrendite nicht nur die sicherste, sondern auch die beste Anlage – keiner schlägt sie!

Ausreichende, sozial versicherte Löhne und Gehälter, auskömmliche Renten, darum geht es.

In einem wohlhabenden Land wie Deutschland muss es wieder eine pure Selbstverständlichkeit sein, dass man von seiner Hände und seines Kopfes Arbeit leben kann! Solche Tarif- und Mindestlöhne entlasten dann auch den Säckel der Stadt Frankfurt. Denn dann gibt es keine oder nur noch sehr wenige sogenannte Aufstocker, die Hartz IV beziehen müssen – weil manche Betriebe denken, der Betrags- oder Steuerzahler soll ihr Geschäftsmodell mit finanzieren.

Das gilt nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Landkreise um Frankfurt herum. Wir sind ja hier nicht nur im DGB-Stadtverband Frankfurt, sondern auch in der Region Rhein-Main. Gerade jüngst wurde festgestellt, dass bundesweit jeder 2. Landkreis im Defizit ist und nichts mehr für Schulen, Kindergärten oder Straßen ausgeben kann, weil die Sozialkosten den Etat auffressen. Ordentliche Tariflöhne und ein Mindestlohn würden das verhindern.

2013 könnte das Jahr der Gewerkschaften werden.

Wir haben 2012 den Mitgliederrückgang endgültig gestoppt. Noch liegen nicht alle Zahlen vor, doch es ist klar: die Trendwende ist geschafft, die Null-Linie ist etwa nur noch ein halbes Prozent entfernt. Und auch hier noch einmal die feine NGG: sie konnte 2012 über 500 Mitglieder netto dazu gewinnen! Alle Gewerkschaften haben in den Betrieben einen Zuwachs. Jeden Tag treten rund 1.000 Mitglieder in die DGB-Gewerkschaften ein. Über 1000 neue Kunden täglich: Darüber würde sich manches Unternehmen freuen!

Vor 43 Jahren haben die Gewerkschaftsjugend - und andere in Frankfurt bekanntlich sehr vielfältige politische Gruppen - gegen diese Art von Saalveranstaltung protestiert, wie wir sie heute durchführen. Sie sahen darin, eine „Kollaboration“ mit dem Klassengegner, wobei unklar blieb, ob die Vertreter der Stadt oder der Kirchen auch dazu gehörten. Da haben wir ja beim Tarifvertrag für Mitarbeiter in caritativen und diakonischen Einrichtungen noch ordentlich zu tun!

Nun, ganz einträchtig saßen und sitzen wir also hier heute auch nicht zusammen. Doch der erste Schritt zu einer Veränderung ist die Wahrnehmung des Anderen, seiner Positionen, seiner Gründe, seiner Ziele – auch wenn man sie nicht immer teilt.

Demokratie, also dialogische und diskursive Kommunikation, politische Mehrheitsentscheidungen sind ohne Alternative. Wir als Gewerkschaften sprechen selbstbewusst mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir sorgen dafür, dass die Belange der Arbeitnehmer klar und deutlich auf den Tisch kommen und ringen um Lösungen.

Einfluss und Gestaltungsmacht verschafft sich nur, wer authentisch eigene Ziele formuliert, seinen Anliegen Gehör verschafft und verantwortlich handelt. Nicht die Forderung ist wirksam, sondern die Handlung.

Als überzeugter Mitbestimmer weiß ich: Mitbestimmung in den Aufsichtsräten oder den Betriebs- und Personalräten bedeutet, sich bewusst zu werden, dass man eben nicht den Bossen gehört, sondern eigene Rechte hat. Die grundsätzliche Abhängigkeit von der Brutalität der Eigentumsgewalt wird durch Mitbestimmung zwar nicht beseitigt, sondern lediglich nur gemildert.

Doch wo wären wir nach der Krise 2008/09 ohne die Mitbestimmung, wenn wir uns auf die Share-holder-value-Anbeter verlassen hätten. Sie haben Unternehmen und anschließend ganze Staaten an den Rand des Ruins gebracht. Das die deutsche Wirtschaft – besonders die DAX-Unternehmen - weltweit so gut da steht, hat auch mit der Mitbestimmung, der Konsensfindung und dem dadurch gestärkten sozialen Frieden in Deutschland zu tun.

Mitbestimmung ist stets der Kampf um die Würde des arbeitenden Menschen, ein Kampf um die Verkleinerung von Herrschaft, ein Ringen für mehr Freiheit und Verantwortung. Denn unter einem Herrn ist der Mensch nicht frei! Wer sollte das besser wissen als die Bürgerinnen und Bürger der alten Freien Reichstadt Frankfurt am Main, Ort des ersten deutschen Parlamentes.

Im Moment verhindert eine bestimmte Lähmung, dass die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen weiter entwickelt wird. Die Lähmung liegt an der derzeitigen schwarz-gelben Bundesregierung. Ich will nicht sagen, nur bei ihrem gelben Teil – weil der FDP-Rösler, der kann einem ja schon leid tun.

Natürlich schmerzt es einen Teil der deutschen Eliten immer noch, dass ihre Privilegien 1918 verloren gingen und auch das Verfassungsgericht nach dem Kampf um Mitbestimmung 1976 festgestellt hat, dass eine Einschränkung des Eigentumsrechts durch die Mitbestimmung verfassungsmäßig gedeckt ist.

Wir werden jede neue Bundesregierung daran erinnern,

Erstens: dass die letzte große Krise in Deutschland 2008/2009 noch nicht vorbei ist und wir die Mitbestimmung auch deshalb brauchen. 2013 kann auch noch hässlich werden. Italien muss 188 Mrd. refinanzieren, Spanien 123 Mrd. Der Chefvolkswirt von DEGUSSA Goldhandel sagte dazu: „ *Eine dramatische Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit im Euroraum könnte zu einer Inflationpolitik führen, die stärker ausfällt, als das derzeit erwartet wird.*“

Welche Auswirkungen die Schuldenspirale in den USA auf uns in Deutschland haben wird, wissen wir nicht. Wobei für mich Inflation noch das geringere Problem ist, die Gefahr von Massenarbeitslosigkeit dagegen ist unübersehbar.

Zweitens werden wir die zu wählende Bundesregierung daran erinnern, dass die Betriebs- und Personalräte die eigentlichen Helden der Krise 2008/9 waren. Sie haben gemeinsam mit verantwortlichen Unternehmern und sehr starken Mittelständlern und vielen Handwerksbetrieben dafür gesorgt, dass flexible Lösungen gefunden und wir von einer Massenarbeitslosigkeit verschont wurden.

Drittens: nur Lob reicht uns nicht. Wir wollen als Erkenntnis aus der letzten Krise deutliche strukturelle Verbesserungen bei der Mitbestimmung. Dazu zählt u.a:

- eine echte Mitbestimmung bei der Einstellung und Entlassung von Leiharbeitnehmern
- eine echte Mitbestimmung bei der Vergabe von Werkaufträgen um Scheinselbstständigkeit zu verhindern
- eine Verschärfung der Strafvorschriften bei Behinderungen des Betriebsrates oder seiner Wahl. Ein Hinweis für die anwesenden Staatsanwälte: hier gibt es Handlungsbedarf. Es kann doch nicht sein, dass demokratische Wahlen in einem Betrieb, die vom Gesetzgeber vorgesehen sind, straflos behindert oder gar verhindert werden!

Und auf Unternehmensebene müssen nicht nur mehr Frauen in die Aufsichtsräte und das Management. Sondern vor allem muss die Verpflichtung, nach dem Mitbestimmungsgesetz zu wählen, gestärkt und die Schwelle von 2.000 Beschäftigten gesenkt werden. Nur so wird es in mehr Unternehmen zu einer demokratischen Beteiligung von Arbeitnehmern im Unternehmen kommt.

Und wir brauchen eine Gesetzesregelung für zustimmungspflichtige Geschäfte im Aufsichtsrat. Grundsätzliche Entscheidungen gegen die Mehrheit in der Belegschaft darf es nicht geben. Das gilt besonders bei Verlagerung oder Schließung eines Betriebes, die durchaus auch sinnvoll sein kann.

Natürlich ist Mitbestimmung kein Zauber- oder Allheilmittel – weder beim Flughafenbau noch bei ThyssenKrupp. Obwohl: bei Schlecker hätte eine paritätische Mitbestimmung schon geholfen! Ohne Mitbestimmung würde gute Corporate Governance, also gute Unternehmensführung, leiden und drastische Fehlentscheidungen von Managern würden auch noch voll zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Mitbestimmung verhindert das. In der Regel stellen die Arbeitnehmervertreter die kritischen Fragen. Denn sie haben das größte Interesse daran, dass ein Unternehmen sich nachhaltig und langfristig entwickelt. Anders als Aktionäre investieren sie einen großen Teil ihres Lebens in ein Unternehmen. Diese Lebensinvestition ist, anders als ersetzbares Geld, unwiderruflich verloren und nicht zu ersetzen.

Mitbestimmung wird und muss in Zukunft eine größere Bedeutung haben. Denn ohne oder gar gegen die Arbeitnehmer kann ein Unternehmen in einer wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft heute und in Zukunft nicht geführt werden.

Mehr Mitbestimmung, mehr Freiheit, weniger Herrschaft, mehr Sicherheit in einer volatilen Arbeitswelt, das ist das mindestes, was die Gewerkschaften von einer neuen Bundesregierung 2013 erwarten.

Was soll noch passieren im Jahr 2013?

Wir sollten anfangen, uns weniger auf Schlagzeilen, Nebeneinkünfte und Kanzlergehälter, sondern dafür mehr auf die wirklichen Dinge und auf Lösungen zu konzentrieren: Auf gemeinsame Lösungen – und wieder auf mehr Gemeinsinn.

Es wäre gut, wenn wieder mehr Menschen ihren Platz im Maschinenraum anstatt auf der Show-Bühne sähen. Der Maschinenraum ist schmutzig und ohne jeden Glamour. Man kann dort allerdings wirklich etwas bewegen anstatt nur Bewegung zu simulieren – so wie das auf der medialen Bühne oft der Fall ist.

Gerade im politischen Bereich ist die Produktion oft zugunsten der PR zurückgedrängt

worden. Das sieht man auch daran, wie dünn und oberflächlich die Konzepte sind, die auf den Tisch gelegt werden.

Ein Beispiel: im November 2011 hatte die amtierende Koalition mit großem Brimborium ein sogenanntes „Wachstumspaket“ verabschiedet. Das hört sich gewaltig an. In Wahrheit war es jedoch nur ein 3-Seiten-Papier mit genau fünf Maßnahmen. Eine davon war das Betreuungsgeld, das ja längst als Synonym für politische Unvernunft steht. Das war alles, was die Regierung zum Thema Zukunft zu sagen hatte.

Das einzige, was an diesem Paket groß war, war die Medienresonanz. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren es nicht.

Wir bei den Gewerkschaften versuchen das anders zu machen. Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie qualitatives Wachstum wirklich generiert und Europa konsolidiert werden kann. Herausgekommen ist das Konzept eines „Europäischen Marshallplans“, der

- auf Förderung regionaler Wirtschaftsräume statt Austerität und Tot-Sparen setzt,
- die Arbeit und damit Existenz der Menschen in den Mittelpunkt stellt,
- die Energiewende und Industriepolitik und den damit zusammen hängenden Umbau in eine sozial-ökologische Industriegesellschaft als wichtigsten Treiber sieht,
- auf Gerechtigkeit beim Schuldenabbau statt auf weitere Verschönerung der Reichen setzt, sondern sie finanziell an der Beseitigung der von den Finanzmärkten angerichteten Schäden beteiligt – an denen sie im Übrigen gut verdient haben.
- und für qualitatives Wachstum sorgt, das sich nachhaltig und nicht schädlich auswirkt.

Ich empfehle Ihnen alle die Lektüre¹

Es ist beschämend für die Bundesregierung, dass sie solch ein Konzept nicht vorgelegen kann – trotz der offensichtlichen und gravierenden Mängel ihrer Krisenpolitik. Die kommt einbeinig daher, weil sie ausschließlich auf Sparen und Haushaltskonsolidierung setzt – wenn auch neuerdings auf Wachstum.

„Wachstum“ – das klingt wie ein Mantra.

Durchaus auch für die Gewerkschaften. Viel Wachstum bedeutete in der Vergangenheit einen großen Kuchen, bedeutete, es ist mehr zu verteilen. Mehr Wachstum, mehr Wohlstand, mehr Lebensqualität. Manche glauben immer noch an dieses Mantra. Ich tue es schon lange nicht mehr.

Obwohl wir in den letzten Jahrzehnten stets Wachstum hatten – wenn auch mit fallenden Raten – müsste es uns doch gut gehen. Vor allem unseren Kindern und Enkelkindern. Ich höre das Gegenteil – trotz hohen Wachstums in der Vergangenheit fehlt den öffentlichen Haushalten Geld. Wir müssen einen Mindestlohn einführen und die Rente soll auf 43 % des letzten Einkommen abgesenkt werden, die Mieten sind nicht mehr bezahlbar. Wohlstand und Lebensqualität durch Wachstum?

Weltweit hat die bisherige Wachstumspolitik - besser Geldwachstumspolitik - zu steigender Dauerarbeitslosigkeit von über 7 % in den OECD-Ländern, prekären Arbeitsverhältnissen

¹ www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422

und einer gewaltigen Spaltung zwischen Arm und Reich geführt.

Betrachten wir also drei Dinge genauer:

- Erstens: auch in der Vergangenheit haben die Gewerkschaften mit ihrer dynamischen Lohn- und Arbeitszeitpolitik das Verteilungsproblem allein nicht lösen können. Das Einkommen aus Arbeit sinkt, dagegen steigt das Einkommen aus Vermögen seit Jahren, bei uns und weltweit.

0,1 % der deutschen Haushalte besitzen 22 % des Vermögens, 1 % besitzen 35 % und 10 % gar 66 %. 10 % aller Haushalte besitzen also 2/3 des Gesamtvermögens. Der allergrößte Teil der Bevölkerung, 90 %, besitzen nur ein Drittel oder wie die ärmsten 10 % gar nichts. Sie haben Schulden. Ein drastisches Umsteuern in der Steuerpolitik ist nötig. Es war ein Fehler, die Einkommensteuer so drastisch zu senken und Kapitalerträge besser zu stellen als Einkommen aus Arbeit. Auch die Gewerbesteuer ist ungerecht. Wer wüsste das besser als eine Kommune, auch wenn Frankfurt im Moment gut dar steht – das kann sich aber auch schnell ändern.

Beim Unternehmenswert müssen wir uns in den nächsten Jahren damit befassen, wie auch Arbeitnehmer deutliche Anteile an diesem Besitz erreichen können, also so am organischen Wachstum teilnehmen, on top zu dem Tarifeinkommen, versteht sich. Belegschaftskapital nenne ich dies und es ist überfällig.

- Zweiter Punkt zum Wachstum: Wer Wachstum fordert, muss sagen, wo es herkommen soll und was genau wachsen soll. Wachstum ist ja kein Ziel an sich, Wohlstand und Lebensqualität schon. Wachstum ist stets das Ergebnis, nicht die Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Wachsen müssen wir in der Bildung, in der Gesundheit, in der städtischen Infrastruktur, in der Versorgung älterer Menschen, in unserem Verhalten untereinander. Mehr Zeit für sich selbst, für Freunde und Familie.

Dies wäre dann kein materielles, kein BIP- oder Geldwachstum, sondern ein Zeit- und Beziehungswachstum. Erinnern wir uns: die Sonne der 35-Stunden-Woche stand auch dafür, für mehr Zeit zum Leben und Lieben.

Wir erleben dagegen täglich Beschleunigung. Immer schneller, mehr E-Mails, mehr Takte am Band, mehr Rückenbeschwerden, mehr psychische Erkrankungen. Die Vorteile unserer Art des Wirtschaftens werden längst von den Nachteilen aufgeessen.

- Immer mehr Menschen leiden unter Stress und Hetze bis sie gar nicht mehr können. Die Krankenkassen sprechen von „Burn out“ als einer neuen Volkskrankheit. Der Begriff „Burn out“ ist übrigens so plakativ wie entlarvend: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich dachte immer, die Zeiten, in denen wir Menschen verbrannt haben, seien längst vorbei. Offenbar nicht. Nur heute lodern keine Scheiterhaufen, das Leiden ist still.

Was wir ebenso wenig brauchen wie eine weitere Beschleunigung sind Produkte, die viel Energie verbrauchen oder die rasch kaputt gehen, ohne dass man sie reparieren kann. Es soll 86 Mio. Handys in deutschen Schubladen geben. Früher hielt ein Telefon eine Generation. Heute können wir nach zwei Jahren die neuste Software

nicht mehr verwenden. Wir sollten solche Produkte schlicht nicht mehr kaufen und die Firmen nicht unterstützen, die so etwas produzieren.

Wir brauchen durchaus Wachstum, doch ein qualitatives Wachstum: bessere Produkte, bessere Dienstleistungen - auch öffentliche, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Kurz gesagt, es geht um „Besser statt mehr!“

Nur so werden wir unsere Lebensqualität erhöhen, auf den Weltmärkten gut sein können und auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.

Es hat einen positiven Nebeneffekt, wenn die Produkte länger halten. Wir müssen für diese Produkte weniger arbeiten, haben mehr Zeit für uns, für die Familie, für die Freunde. Der große Wirtschaftstheoretiker Keynes hat das vorausgesehen und war sehr optimistisch. Er schrieb schon 1930:

„Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann.“

Nur mit dem Zins und Zinseszins, dass sollten wir uns noch einmal gründlich überlegen. Alle großen Weltreligionen waren mal für ein Zinsverbot – der Islam ist es noch. Nachdenkenswert.

- Dritter Punkt: Schlichtes „Mehr Mengen-Wachstum“ geht auch aus anderen Gründen nicht. Die Weltbevölkerung hat 7 Mrd. Menschen überschritten. Bald werden es 9 oder gar 11 Mrd. sein. Vor 43 Jahren waren es nicht einmal 4 Mrd. gerade einmal die Hälfte von heute. Es würde uns mehr als einen ganzen weiteren Planeten kosten, wenn alle Menschen auf der Welt so verschwenderisch leben würden wie wir in den Industriegesellschaften. Auch wenn die Ressourcen in der Erdkruste grundsätzlich für alle reichen, die Tragfähigkeit der Erde ist heute schon weitgehend erschöpft. Wir kennen die besorgniserregenden Berichte unser Klimaforscher. Der CO₂-Gehalt steigt unentwegt an.

Gleichzeitig müssen alle Menschen auf der Welt gesund ernährt, angemessen gekleidet, mit ausreichender Bildung und Arbeit versorgt werden.

Eine Gruppe von Umwelt- und Klimawissenschaftlern um den Schweden Rockström hat im Jahr 2009 ein Konzept veröffentlicht, das die Grenzen unserer Umwelt sichtbar machen soll. Es trug den programmatischen Titel: „Ein sicherer Aktionsraum für die Menschheit“.

In drei von zehn dort definierten Dimensionen lässt sich heute feststellen, dass die Belastungsgrenzen bereits überschritten sind. Es handelt sich

- o Um das Klima,
- o um die Biodiversität,

- und den Stickstoff-Zyklus. Stickstoff-Zyklus meint den Stickstoff-Eintrag in Böden, Flüsse und Meere vor allem durch die Landwirtschaft.

Bloßes materielles Wachstum löst also keines der sichtbaren Probleme, nicht bei uns, nicht in Europa, nicht in der Welt. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall und es besteht kein Anlass, für die Zukunft eine gegenteilige Annahme zu treffen.

Wir brauchen jetzt einen Kurswechsel – und wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wir müssen jetzt durchstarten. So weiter wirtschaften und arbeiten wie bisher können wir nicht.

Das Nachhaltigkeits-Dreieck Soziales, Ökologisches und Ökonomisches ist inzwischen ein Werbeargument. Wer allerdings eine Balance der drei Komponenten fordert, erkennt, dass es eine natürliche Priorität gibt. Die Grenzen des Umweltraumes, an die wir stoßen sind nicht relativ oder verhandelbar. Das 1. und 2. Thermodynamische Gesetz ist universell und absolut. Zukünftiger Wohlstand ist deshalb nur erreichbar, wenn wir auf eine Wirtschaftsweise umstellen, die diese Grenze anerkennt und wir lernen, uns innerhalb anstatt außerhalb derselben zu bewegen.

Ich spreche in diesem Zusammenhang gerne von einem Schalenmodell: De²r Umweltraum bildet die äußere Schale und gleichzeitig absolute Begrenzung. Innerhalb dieser Grenze spielen sich in der zweiten Schale die sozialen Prozesse ab. In der dritten, inneren Schale finden die dafür nötigen ökonomischen Prozesse statt – um einen Kern der Verantwortung herum. Die Beachtung dieses Modells würde nicht weniger als eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise mit einem Mehr an Lebensqualität bedeuten.

Dabei müssen wir nicht bei Null anfangen. Der Einstieg in die Erneuerbaren Energien, vor 20 Jahren gegen erhebliche Widerstände begonnen, ist schon der Anfang einer solchen Transformation. Wir spüren, dass diese großartige Veränderung, die Transformation, schon in Gange ist und etwas Neues entsteht. Gerade wegen der Pilotfunktion der Energiewende ist entscheidend, dass sie als generationsüberschreitendes Gemeinschaftsprojekt auch gelingt!

Das ist noch keineswegs sicher, denn es fehlt nach wie vor an einer Gesamtarchitektur und einem umfassenden Management des Prozesses und der vielfältigen, unterschiedlichen Teilziele und Widersprüche. Unstetigkeit, Investitionsunsicherheit und steigende Strompreise sind das Ergebnis fehlenden Managements in der Politik – dagegen ist das ungeheuerere Debakel des Berliner Flughafens geradezu klein.

Strompreise. Das reizt natürlich. Ich sage dazu: Strom ist ebenso wie Luft und Wasser ein unverzichtbares Grundprodukt. Er muss sicher und zuverlässig zur Verfügung stehen. Und für alle Menschen – und auch für Betriebe - bezahlbar bleiben. An der Strombörse in Leipzig ist Strom aufgrund der Erneuerbaren Energien günstiger geworden. Nur die Endverbraucher merken nichts davon.

Am billigsten ist Strom, der nicht verbraucht wird. Deshalb muss Energieeffizienz an erster Stelle stehen, besonders beim Design neuer Produkte oder bei der Gebäudesanierung – oder beim Kauf neuer Elektrogeräte. Es ist nicht zu verstehen, dass sich die Länder aus finanziellen Gründen einer besseren Lösung der Gebäudesanierung verweigert haben. Das

² <http://www.gegenblende.de/search/++co++2b25efac-564d-11e1-41c2-001ec9b03e44>

ist kleinkariert. Energieeffizienz ist der wirksamste Hebel für eine andere Energiepolitik. Vor allen Dingen würden wir durch eine Verstärkung der Energieeffizienz die nötige Zeit gewinnen, um die anderen Dinge, wie Speicher, Netze und neue Kraftwerke, sorgfältig zu planen und zu realisieren.

An zweiter Stelle muss ein akzeptabler Basis-Tarif aller Stromanbieter stehen. Der muss natürlich unter dem heutigen Satz liegen. Einem ausreichenden Basis-Tarif folgt dann eine Progression. Wer mehr verbraucht, zahlt auch mehr.

Das kann die Bundesregierung im Energiewirtschaftsgesetz im Rahmen der Bestimmung über Grundversorgung regeln. Außerdem kann sie die Steuern auf die EEG-Umlagen ersatzlos streichen – und bei Bedarf den Hartz IV-Satz für Strom erhöhen. Er liegt heute bei 29,69 Euro für Alleinstehende und 56,08 Euro im Monat für ein Paar ohne Kinder. Hätten wir einen sozialen Basistarif, würde das durchaus reichen.

Im Übrigen: die Preissteigerungen bei Energie sind im Wesentlichen nicht durch das EEG oder die heftige kritisierte Ausgleichsumlage für die Industrie ausgelöst. Die höchsten Steigerungen im Energiesektor gibt es bei Erdöl und Erdgas. Das müssen wir teuer importieren. Es ist eine große und lohnende Aufgabe, Deutschland und Europa hier von dieser Importabhängigkeit beim Erdöl und Erdgas zu befreien. Hier autark zu werden, bedeutet Freiheit im Handeln und Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.

Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist dazu da, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Nicht Wachstum, sondern Lebensqualität ist das Ziel. Dazu gehört auf jeden Fall, dass alle Menschen Arbeit haben. Arbeit ist für unsere europäische Gesellschaft konstitutiv. Arbeit sichert nicht nur die Existenzgrundlage. Arbeit gibt uns als Menschen in der Gesellschaft einen Sinn. Durch Arbeit können wir teilhaben. Wir alle wollen nützliche Mitglieder der Gesellschaft sein – dass gilt selbst für Bankvorstände, ich hoffe es jedenfalls.

Wir brauchen also im neuen Jahr mehr Sinn und mehr Partizipation. Die Arbeitnehmer müssen einbezogen werden, überhaupt: die ganze Gesellschaft muss sich mehr beteiligen. Die Energiewende wie auch der gesamte Umbau unserer Industriegesellschaft sind zu große Aufgaben, um sie lediglich als Regierungsprojekt zu betreiben. Dafür benötigt die Gesellschaft die aktive Mithilfe von uns allen.

Wir Gewerkschaften sind dazu bereit. Das gilt auch für das Thema Europa. Über 60 Jahre Frieden und kein Krieg, Reisefreiheit und eine gemeinsame Kulturgeschichte – das ist uns eine Menge wert, deutlich mehr als der Euro als Währung. Wir sind auch bereit, etwas zu tun, damit sich die Schulden anderer Länder verkleinern. Aber wir sind nicht bereit, die Banken bei uns oder in anderen Ländern über Steuergelder zu retten und zu finanzieren. So gesehen ist Griechenland überhaupt kein Problem. Wenn alle europäischen Banken die Griechenland-Papiere abschreiben würden, würde sich das mit 0,5 % in ihren Bilanzen auswirken. Das sind wirklich Peanuts.

Wir haben in Deutschland ökonomisch bisher Glück gehabt – und auch die richtige Politik gemacht. Wir sind nicht in eine Dienstleistungsillusion verfallen, sondern haben das deutsche Industrieportfolio wunderbar auf die globale Wirtschaft ausgerichtet. Gute Produkte und Dienstleistungen zur Bekämpfung der Armut in der Welt und eine bessere Energieversorgung – das ist der richtige Weg zum „Besser statt mehr!“ Und wir haben – im internationalen Vergleich – eine nahezu einzigartige Widerstandsfähigkeit und Flexibilität

beim Thema Arbeitsplätze bewiesen.

Neben Bildung und Gesundheit bleibt die Frage entscheidend, wie wir die Arbeitsgesellschaft bei ständig steigender Produktivität entwickeln.

Es ist ein weitreichender Strukturwandel des Arbeitsmarktes in Sicht. Wir werden älter, Fachkräfte fehlen, die Qualifikationsprofile ändern sich schneller als die Lehrpläne. Die Digitalisierung der Wirtschaft steigt auf über 50 %, sprich: die Industrie wird noch automatischer, die Verwaltung auch. Die Grenzen Europas sind glücklicherweise offen. Doch die Menschen wollen überwiegend da arbeiten, wo sie leben – und nicht ständig pendeln.

Ich denke, ich habe deutlich gemacht: Chancen und Risiken halten sich nicht automatisch die Waage. Immer mehr Menschen fragen nach dem Sinn ihrer Arbeit – und nach kalkulierbarer Sicherheit in ihrem Leben, mindestens für einige Jahre.

Alles das sind Bedingungen, denen wir – besonders die Gewerkschaften – uns stellen müssen. Die Verknappung bestimmter Fachkräfte ist dabei durchaus eine Chance für uns als Gewerkschaften, wenn es gelingt, ihre Interessen zu bündeln und andere Gruppen dabei mitnehmen.

Das bedeutet auch, dass wir eine neue Ordnung in der vorhandenen Unordnung des Arbeitsmarktes schaffen müssen. Das ist weit mehr als die Wiederherstellung alter Gewissheiten und Regeln. Es ist die Frage, wie wir unsere Arbeit und unser Leben organisieren. Instrumente sind ausreichend da: Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen. Letztere können wir selber gestalten.

Für die Gesetze brauchen wir eine Bundesregierung, die versteht, dass Arbeit und nicht Wachstum der Schlüssel zum Erfolg ist.

Die Gewerkschaften und jede kluge Politik, die das Gemeinwesen und nicht den Einzelprofit im Sinn hat, sind vor die strategische Herausforderung gestellt, diese Frage handelnd zu beantworten: wie organisieren wir Arbeit, wie vermeiden wir Massenarbeitslosigkeit, wie sie sich um unsere Insel der Glücklichen herum in Europa zeigt?

Denn ganz sicher ist, ich bekräftige es noch ein Mal: Arbeit ist in Deutschland und Europa ein konstitutives Element. Ohne Arbeit verlieren wir unseren gesellschaftlichen Status, verlieren wir die Möglichkeit, aktiv und sinnvoll etwas zum Gemeinwesen beizutragen. Ohne Arbeit bleibt Gemeinschaft mit Gemeinsinn auf der Strecke. Eine Arbeitslosigkeit von 12 % in der EU ist ein Pulverfass – neun Länder liegen heute sogar darüber. Und über 50 % Arbeitslose bei Jugendlichen ist nur noch eine fürchterliche Katastrophe.

Märkte sind für die Menschen da, nicht die Menschen für die Märkte.

Deshalb lautet die Frage für 2013 nicht: wie können wir mehr wachsen? Sondern: wie lernen wir, Arbeit zu schaffen und so zu organisieren, dass sie für die Menschen einen Sinn hat und der Gesellschaft nützliche gute Güter und Dienstleistungen bringen ohne die Natur zu zerstören – ein gutes Leben eben. Denn das war und ist der wahre Kern von Wirtschaften. Ökonomie meint im ursprünglichen Sinne die Ordnung des ganzen Hauses.

Die Mehrheit sehnt sich nach einem solchen Paradigmenwechsel. Nach mehr Zeit- und Beziehungswachstum, nach soliden Produkten. Nach mehr Sinn und Lebenszeit. Nach mehr

Gemeinsinn. Wir als Gewerkschaften sind ein wichtiger Teil dieser Mehrheit. So können Sie sich auch 2013 auf uns verlassen. Darauf, dass wir auch weiterhin – gemeinsam mit anderen – die Veränderungen und Reformen, die wir für erforderlich halten, gestalten.